

mit Schuljahresplaner  
2022/2023



# Klimaschutz und Kriege



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Juli/August  
2022

## Klimaschutz und Kriege

- 3 **»Lübecker Erklärung« der Kultusministerkonferenz**  
**Schule: Lassen fehlende Ressourcen den Appell verhallen?**  
 von Maïke Finnern
- 4 **Resolution der GEW Bayern zum Krieg in der Ukraine und zur Aufrüstung**  
**Als Teil der Friedensbewegung setzen wir uns für Frieden,**  
**Abrüstung und Völkerverständigung ein**
- 4 **Drei »Lessons for Peace« von »Public Climate School«**
- 5 **Fossile Brennstoffe befeuern den Krieg**  
 von Marie Bout
- 7 **Blut und CO<sub>2</sub> – Was der Krieg mit dem Klima macht**  
 von Martin Auer
- 9 **Klimawandel als Sicherheitsrisiko**  
 von Prof. Dr. Jürgen Scheffran

## Was es sonst noch gibt

- 11 **Am Ende des Jobs noch Urlaub?**  
**Urlaubsabgeltung, wenn die Beschäftigung mit dem Schuljahr endet**  
 von Erwin Denzler
- 12 **SuE-Tarifrunde zu Ende – weitere richtige Schritte**  
 von Anton Salzbrunn und Hilger Uhlenbrock
- 13 **Ein Reminder: Teilzeit ist Teilzeit!**  
 von Florian Kohl
- 14 **Schwerpunkte der GEW Bayern**  
 Leitantrag zur LVV
- 15 **GEW und Yekitiya mamostêyen (aus Nord- und Ostsyrien) –**  
**zwei Bildungsgewerkschaften auf dem Weg zur Kooperation**  
 von Margot Simoneit
- 16 **Berichte**
- Bundesweite Aktionswoche gegen Berufsverbote in Berlin
  - Fachgruppenwochenende: Unser Plan für 2022/23 steht
  - Grundschulung: Personalrät\*innen machen sich fit

## Rubriken

- 18 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

Liebe Kolleg\*innen,

die gba-Seminare finden derzeit als Onlineseminare statt und werden nur mit wenig Vorlauf und per E-Mail an GEW-Mitglieder ausgeschrieben. Bitte achtet deshalb bei Interesse darauf, dass der Mitgliederverwaltung eure aktuelle Adresse vorliegt, und teilt diese doch im Zweifelsfall gerne nochmals mit: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)

GEW Bayern

## Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder derzeit nur nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte E-Mail senden: [rechtsstelle@gew-bayern.de](mailto:rechtsstelle@gew-bayern.de)  
 Tel.: 089 544081-14

Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!

## Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter [gew-bayern.de/anmeldung](http://gew-bayern.de/anmeldung) selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: [mitgliederverwaltung@gew-bayern.de](mailto:mitgliederverwaltung@gew-bayern.de)  
 Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.



**Klimaschutz und Kriege.** Kriege bedeuten immer Zerstörung, Tod und unermessliches Leid, so auch der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine. Gleichzeitig wirken sich heutige Kriege immer auch negativ auf das Klima aus. Wie sehr, wird seit einiger Zeit von NGOs nach Ende eines Krieges berechnet. Trotz des offensichtlichen Zusammenhangs und der weltweiten, auch sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Klimawandel rückt

die Klimakrise in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte immer weiter in den Hintergrund.

In der Bildungsarbeit, und hier in den Lehrwerken für die Schule, ist die Klimakrise – auch unabhängig von Kriegsgeschehen – bisher noch gar nicht angekommen. Wird sie überhaupt in den Blick genommen, sucht man Lösungsvorschläge, um CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen, vergebens. Dies ergab eine Analyse (2019) dreier Berliner Schölerinnen und ihres Lehrers, die englische, deutsche, französische, US-amerikanische und australische Lehrbücher (Geografie, Chemie, Biologie) für 11- bis 18-Jährige unter die Lupe nahmen.

Und wie sieht es hinsichtlich sicherheitspolitischer Fragen in der Bildungsarbeit aus? Hier setzt die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf die Jugendoffizier\*innen der Bundeswehr. Sie seien »eine Bereicherung für den Unterricht, besonders jetzt«. Auch auf Landesebene beschwört die Fraktion der Freien Wähler (FW) – die Partei stellt den bayerischen Bildungsminister – die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bayerischen Kultusministerium und der Bundeswehr: »Als Freie Wähler-Fraktion wollen wir die wichtige **politische Bildungsarbeit von Jugendoffizieren der Bundeswehr ausbauen** (Fettdruck in der PM der FW; D. W.).«

Alles in allem fatale Zeichen in einer Zeit, in der Friedenspolitik zusehends diskreditiert wird und immer mehr gesellschaftliche Bereiche von Militarismus durchdrungen werden.

Dorothea Weniger

Liebe Leserinnen und Leser,

die DDS-Redaktion verabschiedet sich in die Sommerpause. Unsere nächste Ausgabe erscheint im September. Wir wünschen allen eine gute Zeit und Erholung.

Die Redaktion

## Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern  
 Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810

E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [gew-bayern.de](http://gew-bayern.de) • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)

Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München

E-Mail: [dorothea.weniger@gew-bayern.de](mailto:dorothea.weniger@gew-bayern.de)

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: IMAGO / Shotshop

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994

Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 089 5029994, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisleiste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.

Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser\*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

»Lübecker Erklärung« der Kultusministerkonferenz

# Schule: Lassen fehlende Ressourcen den Appell verhallen?

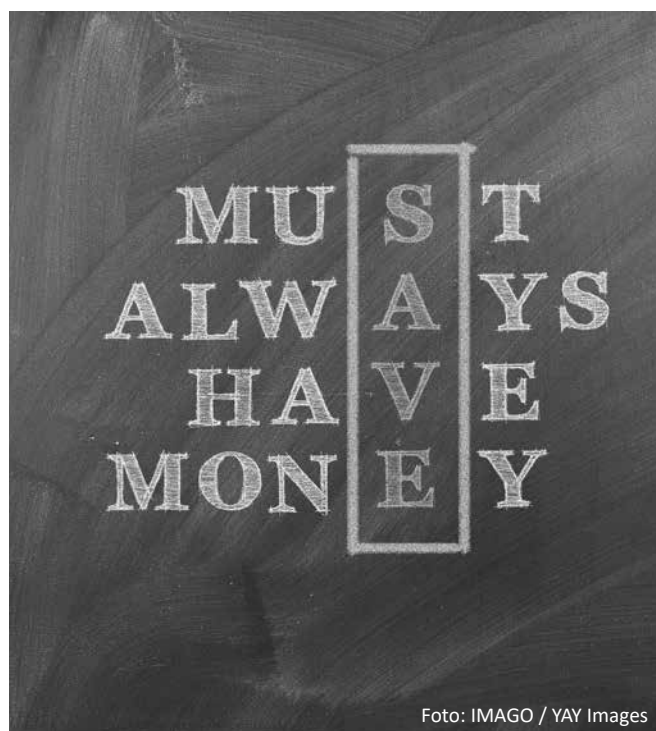


Foto: IMAGO / YAY Images

**Die Kultusminister\*innen von Bund und Ländern haben im März die sogenannte »Lübecker Erklärung« verabschiedet. Die Kultusministerkonferenz (KMK) verurteilt darin den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Gleichzeitig bekräftigt sie ihren Willen, möglichst vielen Geflüchteten die Fortsetzung ihres individuellen Bildungsweges – ob an der Schule oder Universität – in Deutschland zu ermöglichen.**

Die GEW begrüßt die grundsätzliche Stoßrichtung der »Lübecker Erklärung«. Allerdings ist es mit Appellen nicht getan. Viele Beschäftigte in Schulen sind nach knapp zwei Jahren Arbeiten unter den Bedingungen der Coronapandemie unter dem dramatischen Personalmangel am Ende ihrer Kräfte. Lehrkräfte sind motiviert und gewillt, die Herausforderungen der Integration ukrainischer Geflüchteter anzunehmen, sie brauchen jedoch dringend mehr Unterstützung von der Politik. Die KMK verkennt die Situation in den Schulen. Der Bund und die Länder müssen gemeinsam, im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft, die Voraussetzungen für die Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in das Bildungssystem schaffen. Um eine gute Betreuung der Geflüchteten zu gewährleisten, benötigen Schulen deutlich mehr finanzielle Ressourcen für Schulsozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen, geschultes Fachper-

sonal für Kriegstraumata sowie zusätzliches Personal für Willkommensklassen. Der Wille zu Kooperationen mit außerschulischen Partnern, wie dem Goethe-Institut, zur Unterstützung der Schulen fehlt.

Die deutsche Sprache zu erlernen, ist Schlüssel für eine gelingende Integration. Um den Bedarf an Deutschunterricht zu decken, müssen zwingend mehr Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache eingestellt werden.

Es ist ein untragbarer Zustand, dass Willkommensklassen teilweise dauerhaft überfüllt sind. Alle Geflüchteten müssen Zugang zu Willkommens- oder Vorbereitungsklassen erhalten. Spezifische Klassen, in denen ausschließlich ukrainische Geflüchtete unterrichtet werden, können eine sinnvolle Ergänzung sein, prioritär sollten Geflüchtete allerdings möglichst schnell in den Regelunterricht integriert werden. Die Angst vieler ukrainischer Behörden und Organisationen, dass gut ausgebildete junge Menschen nach dem Krieg nicht wieder zurückmöchten, ist groß und nachvollziehbar. Aber für die Neuankommenden ist es wichtig, nach den traumatischen Fluchterfahrungen möglichst schnell wieder eine gewisse Form von Normalität zu erleben und Kontakt zu Gleichaltrigen zu haben.

Für die Anerkennung der Qualifikationen der Pädagog\*innen mit einem im Ausland erworbenen Abschluss hat die

Taskforce der KMK Richtlinien entwickelt, die den Zugang zu einer Beschäftigung erleichtern. Das ist richtig. Allerdings brauchen wir endlich bundesweit Qualifizierungsangebote für Quer- und Seiteneinsteiger\*innen, die eine echte Integration ermöglichen. Und: Die erleichterte Anerkennung muss für alle gelten. Unsere Studie »Verschenkte Chancen?!« aus dem vergangenen Jahr fordert dies bereits nachdrücklich ein.

Bund und Länder müssen die Kommunen, die die finanzielle Hauptlast der Unterstützung und Unterbringung der ukrainischen Geflüchteten tragen, deutlich entlasten. Es wird Zeit, dass beide Ebenen sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für ein gut finanziertes Bildungssystem bewusst werden. Wir fordern die politischen Entscheidungsträger\*innen auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen und die Pädagog\*innen in dieser herausfordernden Situation durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen zu unterstützen.

**von Maïke Finnern**

Vorsitzende der  
Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft (GEW)



In der nächsten DDS, unserer September-Ausgabe, veröffentlichen wir die Stellungnahme zu den Aussagen zum Bereich Hochschule der »Lübecker Erklärung«.

## Resolution der GEW Bayern zum Krieg in der Ukraine und zur Aufrüstung

# Als Teil der Friedensbewegung setzen wir uns für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ein

Im März erarbeiteten im Auftrag des Landesvorstandes mehrere Mitglieder eine Resolution gegen den Krieg in der Ukraine. Die Resolution wurde kontrovers diskutiert und schließlich mehrheitlich beschlossen. Auf seiner Klausur Mitte Mai beschloss der Landesvorstand zudem, die Resolution in der DDS zu veröffentlichen.

Wir sind entsetzt über den russischen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der sich durch nichts rechtfertigen lässt, auch nicht durch die von Russland als Bedrohung empfundene NATO-Osterweiterung.

Auch dieser Krieg führt zu unermesslichem Leid. Einige Millionen Menschen müssen alles zurücklassen und ins Ausland fliehen. Ihre Städte werden in Schutt und Asche gelegt und Tausende Menschen auf beiden Seiten des Krieges werden verwundet oder getötet.

Die Antwort Deutschlands besteht in Sanktionen, aber auch in Waffenlieferungen und einem massiven Aufrüstungsprogramm im eigenen Land. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete lehnt die GEW Bayern genauso wie die beschlossene Aufrüstung und das 100-Milliarden-Projekt ab. Waffenlieferungen intensivieren nur das Kriegsgeschehen und tragen nie zum Frieden bei.

Durch das gigantische Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung werden wichtige Gelder allen sozialen

Bereichen vorenthalten, so auch der Bildung, dem Gesundheitswesen, der Pflege, der Flüchtlingshilfe etc., vor allem aber auch der Bekämpfung der Klimakatastrophe, die die Existenz aller Menschen bedroht.

Die Regierung der Ukraine hat sich für einen militärischen Widerstand gegen die übermächtige russische Armee entschieden und fordert jetzt von Europa weitere Waffen und von der NATO weitere Eskalationsschritte wie z. B. eine Flugverbotszone. Diese Maßnahmen könnten schnell zum Dritten Weltkrieg führen. Frieden lässt sich so nicht erreichen.

Nur ein intensiver Friedensdialog kann einen Krieg beenden. Aufrüstung führte in der Menschheitsgeschichte immer zu Krieg, zu Frieden führen nur Abrüstung, Gespräche und vertrauensfördernde Maßnahmen. Die GEW Bayern setzt sich auch weiterhin für Dialog und friedenspolitische Lösungen ein. Deshalb lehnt die GEW Bayern den Einsatz von Jugendoffizier\*innen in Bildungseinrichtungen, wie ihn die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP)

am 7. März forderte, weiterhin ab. Jugendoffizier\*innen sind keine pädagogischen Akteur\*innen, sondern treten als Werber\*innen für die Bundeswehr auf.

Die jetzt beschlossene enorme Aufrüstung in Deutschland macht neue Kriege mit deutscher Beteiligung möglich bzw. fördert diese. Dem können und wollen wir nicht zusehen.

- **Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine!**
- **Rückzug der russischen Truppen!**
- **Für sofortige Friedensverhandlungen!**
- **Zurücknahme des aktuellen Aufrüstungsprogramms in Deutschland!**
- **Stärkung der friedenspolitischen Bildung!**
- **Frieden schaffen ohne Waffen!**
- **Mehr Geld für Bildung anstatt für Aufrüstung!**

Siehe auch die Resolution des GEW-Hauptvorstandes vom 28.3.2022:

[www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-verurteilt-angriffskrieg](http://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-verurteilt-angriffskrieg)

Bei der »Public Climate School« handelt es sich um ein digitales Bildungsprogramm, das von Studierenden der »Fridays For Future«-Bewegung koordiniert

und von vielen Wissenschaftler\*innen, Expert\*innen, Schüler\*innen und Lehrer\*innen mitgestaltet wird.

Im März dieses Jahres luden die Akteur\*innen von »Public Climate School« Schüler\*innen der Sekundarstufen I und II, Lehrer\*innen und Interessierte zu drei 45-minütigen »Lessons for Peace« ein. Ziel der Online-Schulstunden war es, die Fragen und Sorgen von Schüler\*innen aufzugreifen und Orientierung für den persönlichen und (schul-)gemeinschaftlichen Umgang mit den aktuellen Geschehnissen um den Krieg in der Ukraine anzubieten. Die Schulstunden wurden aufgezeichnet und sind nach wie vor frei verfügbar. Darüber hinaus gibt es Verlaufspläne, Arbeitsblätter und Hinweise als Downloads: [publicclimateschool.de/lessons-for-peace](http://publicclimateschool.de/lessons-for-peace)



## Drei »Lessons for Peace« von »Public Climate School«

### Verfügbare Themen:

#### »Krieg und Frieden«

(Referat: Prof. Sophia Hoffmann, Professur für internationale Politik- und Konfliktforschung an der Universität Erfurt):

Die Unterrichtseinheit sucht nach Antworten auf folgende Fragen: Warum gibt es Krieg? Warum kommt es heute noch zu Kriegen wie diesem? Wie lange wird er dauern und wird es auch Krieg bei uns geben? Wie kann dieser Krieg beendet werden?

#### »Der Krieg in den Medien«

(Referat: Prof. em. Dr. Michael Haller, Medienwissenschaftler):

Die Bilder und Nachrichten zum Krieg in der Ukraine erreichen uns rund um die Uhr und beeinflussen uns. Oft heißt es: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Deshalb: Welche Informationen sind vertrauenswürdig und wie kann man sich in dieser Unübersichtlichkeit verlässlich orientieren?

#### »Die Säulen des Friedens«

(Referat: Markus N. Beeko, Menschenrechtler und Generalsekretär der deutschen Sektion Amnesty International, und Martin Kaiser, geschäftsführender Vorstand bei Greenpeace e. V.):

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Wahrung der Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie sind wichtige Säulen des friedlichen Miteinanders. Verliert eine Säule an Halt, gerät der Frieden ins Wanken. Doch wie hängen Umweltschutz, Demokratie, Menschenrechte und Frieden zusammen?

Hinweis: Der nächste Termin der »Public Climate School« steht bereits fest. Vom 7. bis 11. November 2022 gibt es wieder eine Woche lang #Klimabildung-FürAlle mit Live-Unterrichtsstunden ([publicclimateschool.de](http://publicclimateschool.de)). Übrigens gibt es neben einem Schulprogramm auch eines für Hochschulen.

Zusammenstellung von Dorothea Weniger

# Fossile Brennstoffe befeuern den Krieg



Foto: Bence Jardany/Greenpeace

»Der vom Menschen verursachte Klimawandel und der Krieg gegen die Ukraine haben dieselben Wurzeln: fossile Brennstoffe und unsere Abhängigkeit von ihnen«, sagte die ukrainische Klimaforscherin Svitlana Krakovska, als Russland, einer der größten Öl- und Gasproduzenten der Welt, in ihr Land einmarschierte.

Damals sprach sie von ihrem Haus in Kiew aus vor dem Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)) und musste sich von der Sitzung zur Annahme des neuesten Berichts zurückziehen, weil Bomben auf ihre Stadt fielen.

Vier Monate später ist der Krieg in der Ukraine zu einer humanitären Krise geworden: Mehr als 5,4 Millionen Menschen sind aus dem Land geflohen.<sup>1</sup> Sehr viele der in den Kriegsgebieten Zurückgebliebenen haben nur begrenzten Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung.

## Fossile Brennstoffe heizen den Krieg an

Es besteht eine direkte Beziehung zwischen fossilen Brennstoffen und der russischen Kriegsmaschinerie. Rosneft, eines der größten russischen Erdölunternehmen, ist Berichten zufolge einer der Hauptlieferanten von Treibstoff für die russische Armee. Rosneft liefert auch Erdöl an Unternehmen wie BP. Jedes Mal, wenn russisches Öl oder Gas gekauft wird, fließt also nicht nur Geld in die Kriegskasse, es hält möglicherweise auch die Militärmaschinerie am Laufen. Berichten zufolge lieferten Rosneft und die Tochterunternehmen Rosneft-Aero und Transneft vor und während der Invasion Treibstoff an die russische Armee.<sup>2</sup>

Um diesen Krieg zu stoppen, brauchen wir so schnell wie möglich einen weltweiten Ausstieg aus russischen fossilen Brennstoffen und ein Embargo sowie dringend humanitäre Hilfe.

## Fossile Brennstoffe haben eine lange Kriegsgeschichte

Der Kampf um Energieressourcen war ein wichtiger Faktor in vielen Konflikten der letzten Zeit, z. B. im Iran-Irak-Krieg (1980-1988), im Golfkrieg (1990-1991) und im sudanesischen Bürgerkrieg (1983-2005). Greenpeace äußerte sich bereits in der Vergangenheit dazu, insbesondere während des letzten Irakkrieges.

Der Golfkrieg von 1990 war weitgehend ein Konflikt um Öl. Die Ölpreispolitik und die damit sinkenden Öleinnahmen für den Irak lieferten den Vorwand für die Invasion in Kuwait. Das Öl war auch ein wichtiger Grund für das rasche Handeln der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die ihren eigenen Zugang und den der OECD-Länder zu den Ölvorkommen sichern wollten.

Die groß angelegte Ausbeutung des Erdöls durch ausländische Unternehmen, die im Südsudan tätig sind,

verstärkte dort die Menschenrechtsverletzungen und verschärfte den lang anhaltenden Konflikt im Sudan, der seit 1983 zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene sowie immer wiederkehrende Hungersnöte und Epidemien zur Folge hatte.

Gemäß einer Untersuchung von Greenpeace Italien, Greenpeace Spanien und Greenpeace Deutschland aus dem Jahr 2021 überwachen und sichern fast zwei Drittel aller EU-Militäreinsätze die Förderung und den Transport von Öl und Gas nach Europa. Die Regierungen von Italien, Spanien und Deutschland investierten seit 2018 mehr als vier Milliarden Euro in den Schutz klimaschädlicher fossiler Brennstoffe.

## Fossilen Brennstoffunternehmen kann man nicht trauen

Zu Beginn des Krieges in der Ukraine nutzten die Ölkonzerne die Gelegenheit, ihre Geschäfte auszuweiten, indem sie eine drohende Energiekrise als Grund dafür anführten, ihr umweltschädliches Geschäft zu forcieren. Shell kaufte nach der Invasion sogar Öl aus Russland und entschuldigte sich erst nach massiven öffentlichen Reaktionen, die sich auf den Gewinn des Unternehmens auswirken könnten, und verpflichtete sich, die Beziehungen zu Russland zu beenden. Aktuell versprechen andere Ölkonzerne wie BP und Total Energies, sich von Russland zu trennen, nachdem sie direkt mit dem Ukraine-Krieg in Verbindung gebracht wurden.

Wie die großen Tabakkonzerne nutzen auch die Ölkonzerne jede Gelegenheit, um ihre Produkte weiter zu verkaufen. Solange wir ihr schmutziges Geschäftsmodell nicht entlarven, werden sie dabei weiterhin von Konflikten und Klimakrisen profitieren.

## Handel mit fossilen Brennstoffen stützt ungerechtes System

Um den Frieden zu sichern und die Klimakrise zu stoppen, müssen die Regierungen ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern bzw. sofort aus ihnen aussteigen. Die Weltwirtschaft ist aber noch immer weitgehend auf fossile Brennstoffe angewiesen, die über 80 Prozent des globalen Energie-Mixes ausmachen.

Diese Abhängigkeit macht die Energiesicherheit und den Klimaschutz zum Spielball geopolitischer Interessen. Regierungen können nicht behaupten, dass sie für den Frieden eintreten, wenn sie weiterhin Kriege finanzieren. Und die Umstellung von russischem Öl und Gas auf Öl und Gas aus anderen Ländern mit fragwürdiger Menschenrechtsbilanz, wie Venezuela oder Saudi-Arabien, führt nur zu einer geopolitischen Machtverschiebung von einem Akteur zum nächsten.

Diese Machtungleichgewichte können dazu führen, dass Länder ungestraft handeln. Bei den jüngsten globalen Klimaverhandlungen auf der 26. UN Climate Change Conference of the Parties (31.10.-13.11.2021) haben führende Öl- und Kohleproduzenten wie Saudi-Arabien und Australien die Bemühungen um einen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe im endgültigen Text vereitelt. Darüber hinaus sind Länder wie Russland und die USA keine Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs, der Kriegsverbrechen verfolgt.

## Erneuerbare Energien sind ein Weg zum Frieden

Um eine gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen, müssen die Länder ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Zudem sind die wohlhabenden Länder zunächst in der Pflicht, ihren Energiebedarf zu senken und die Energieeffizienz zu maximieren. Dann müssen sie ihren verbleibenden Energiebedarf rasch durch erneuerbare Energien ersetzen.

Im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen ist es bei erneuerbaren Energien weniger wahrscheinlich, dass sie zu geopolitischen Machtkämpfen oder zur Ungleichheit führen, da ihre Infrastruktur weitgehend auf lokaler Ebene aufgebaut werden kann. Dies könnte auch den Handel mit Ländern mit fragwürdiger Menschenrechtsbilanz eindämmen. Lokale erneuerbare Energien könnten darüber hinaus die Verbraucher\*innen vor Preisschocks wie in der aktuellen globalen Energiekrise schützen.

## Sicherung der Energieversorgung und des Klimas

Die Kombination von erneuerba-

ren Energien und Energieeffizienz stellt eine bessere Wahl der Energiesicherheit dar. Wenn die Potenziale beider Bereiche kombiniert werden, könnte die gesamte weltweite Energienachfrage bis 2030 um bis zu einem Viertel gesenkt werden. Energieeffizienzmaßnahmen würden dabei die Hälfte bis drei Viertel der gesamten Energieeinsparungen ausmachen, der Rest entfiel auf erneuerbare Energien. Dies könnte enorme Auswirkungen auf den Schutz des Klimas haben, da fossile Brennstoffe den größten Anteil an der globalen Erwärmung haben.

Ein schneller und gerechter Übergang zu erneuerbaren Energien ist möglich. Die Anlagen für erneuerbare Energien können viel schneller als die für fossile Brennstoffe gebaut werden – im Vereinigten Königreich dauert es durchschnittlich 28 Jahre, um eine neue Ölquelle zu erschließen, der Bau eines Solarparks zwei Jahre. Und wenn die Welt in mehr erneuerbare Energien investiert, werden diese zu einer noch billigeren und praktikableren Option. Marokko und Ägypten bauen ihre Kapazitäten in den erneuerbaren Energien rasch aus und zeigen zudem, wie man durch Zusammenarbeit schneller vorankommen kann.

Dies ist eine Chance für die Regierungen, den Kreislauf der Zerstörung durch fossile Brennstoffe zu durchbrechen und den Übergang zu einer grünen, friedlichen Zukunft zu schaffen. Die Regierungen müssen sich für den Frieden und ein sicheres Klima einsetzen und so schnell wie möglich auf effiziente und erneuerbare Energien umsteigen.

**von Marie Bout**

Kommunikationsexpertin bei Greenpeace International

Der Text wurde aus dem Englischen übersetzt. Der Originaltext »Fossil Fuels are fuelling war« und weitere wertvolle Informationen sind hier zu finden: [greenpeace.org/international/story/52988/fossil-fuels-are-fuelling-war](https://www.greenpeace.org/international/story/52988/fossil-fuels-are-fuelling-war)

Die DDS-Redaktion bedankt sich bei Greenpeace für die Nachdruckgenehmigung.

1 Am 9. Mai 2022 ging die UN darüber hinaus von 7,7 Millionen Binnenflüchtlingen aus.

2 Laut einem 2017 von dem Unternehmen auf Russisch veröffentlichten Bericht belieferten Unternehmen der Rosneft-Gruppe das russische Verteidigungsministerium, das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation, das russische Ministerium für Notfälle, das russische Innenministerium, die russische Garde. Sie war seinerzeit der einzige Lieferant von Kraftstoffen für die Nationalgarde, die seitdem an der Grenze zur Ukraine eingesetzt wird.



Brennende Ölfelder in Kuwait 1991, Foto: Lt. Steve Gozzo, USN, Public domain, via Wikimedia Commons

# Blut und CO<sub>2</sub> – Was der Krieg mit dem Klima macht

**Kriege kosten Menschenleben, nicht nur auf dem Kriegsschauplatz. Kriege tragen zum Klimawandel bei und verursachen so indirekt den Tod von Menschen rund um den Globus durch Hitzestress, Wassermangel, Überschwemmungen, Mangelernährung, durch die Zunahme von durch Tiere auf Menschen übertragbare Krankheiten etc. Und sie kosten Geld, das dringend für die Abwendung der Klimakatastrophe benötigt würde.**

Kriege tragen auf vielfältige Weise zum Klimawandel bei: Ölförderanlagen, Tanklager oder Transportinfrastruktur sind oft unmittelbare Angriffsziele. Während des zweiten Golfkriegs brannten 1991 in Kuwait die Ölfelder. Ungefähr 4,6 Millionen Barrels verbrannten pro Tag. Das verursachte zwei Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen in diesem Jahr. Der Rauch verdunkelte die Sonne über dem Persischen Golf. Der Ruß erreichte tibetische Gletscher,

setzte sich dort ab und beschleunigte so deren Schmelzen, da eine dunkle Oberfläche mehr Wärme aufnimmt.

Auch die Vegetation kann ein Angriffsziel sein. Verrottende Biomasse setzt CO<sub>2</sub> frei. Während des Vietnamkriegs setzte die US-Armee »Agent Orange« und andere Herbizide ein, um Wälder zu entlauben und so dem Gegner die Deckung zu nehmen. Dadurch verlor Vietnam je nach Schätzung 14 bis 44 Prozent seiner Wälder, die sich nur langsam oder gar nicht wieder erholen. Kürzlich wurden Wälder in Nagorny-Karabach angezündet, um Drohnenangriffe zu erleichtern. Vom Gazastreifen aus wurden und werden im Zuge des Palästinakonflikts brennende Kohle und Brandbeschleuniger mit Drachen und Ballons nach Israel getragen und dadurch Felder und Naturschutzgebiete nahe der Grenze geschädigt.

Wenn durch Krieg und Konflikt Infrastrukturen und Märkte zerstört werden, greifen Menschen oft zu schädli-

cheren Brennstoffen, zum Beispiel zu Holz oder Holzkohle zum Heizen und Kochen, was die Entwaldung fördert. Der Krieg in Syrien zerstörte die dortige Ölindustrie. In Nordostsyrien wird jetzt mit sehr primitiven Mitteln Erdöl zu Benzin und Diesel verarbeitet, was zu hohen Emissionen und starker Luftverschmutzung führt. Die stark ökologisch ausgerichtete autonome Selbstverwaltung von Rojava ist auf diese Treibstoffe angewiesen und hat bis jetzt keine Möglichkeiten, die schädliche Praxis zu beenden.

Die humanitäre Hilfe für die von Krieg und Flucht betroffene Bevölkerung verursacht auch wieder Emissionen, sowohl durch den Transport von Hilfsgütern als auch durch Dieselgeneratoren, die Flüchtlingslager oder Stützpunkte mit Strom versorgen. 2017 machten die Kosten für Treibstoff fünf Prozent der globalen Budgets für humanitäre Hilfe aus.

Generell kann sich insbesondere ein

lang andauernder Konflikt lähmend auf die wirtschaftliche und technologische Entwicklung in einem Land auswirken und dazu beitragen, dass schädliche Praktiken wie zum Beispiel das Abfackeln von Gas beibehalten werden oder dass ganze Industrien auf minderwertige und besonders schädliche Energiequellen angewiesen sind.

Auch aus veränderter Landnutzung infolge von Konflikten entstehen Emissionen. Wenn durch Fluchtbewegungen landwirtschaftliche Gebiete aufgegeben werden, entstehen Emissionen durch Bodendegradation, wie zum Beispiel in Bosnien. »Verbrannte Erde« ist eine bekannte militärische Taktik, neuerdings wieder angewandt in Myanmar.

Wenn durch Konflikte Regierungen und staatliche Strukturen zusammenbrechen oder geschwächt werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die betroffenen Staaten nicht an internationalen Prozessen teilnehmen, um den Klimawandel einzudämmen. Und das, obwohl gerade sie besonders verwundbar angesichts von Klimawandelfolgen sind. Libyen zum Beispiel gab noch nie seine Emissionen im Sinne der Klimakonvention UNFCCC bekannt und Syriens letzter Bericht ist von 2010. Zu Beginn des Jahres 2021 hatten sieben Länder das Pariser Abkommen noch nicht ratifiziert. Die meisten von ihnen sind oder waren kürzlich von bewaffneten Konflikten betroffen: Südsudan, Irak, Eritrea, Jemen und Libyen. Kriegerische Auseinandersetzungen führen auch dazu, dass Projekte für nachhaltige Entwicklung nicht durchgeführt werden können.

Nach dem Krieg muss der Schutt weggeräumt werden. Es wird geschätzt, dass eine Million Lastwagenfahrten notwendig sind, um die Trümmer aus den zerstörten Städten Homs und Aleppo in Syrien abzutransportieren. Laut einer Studie der Weltbank wurden durch den Krieg in Syrien sieben Prozent aller Häuser zerstört und 20 Prozent beschädigt. Die Herstellung von Zement für den Wiederaufbau von 900.000 Wohneinheiten wird an die 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> freisetzen.

### Beispiel: Irakkrieg

Nikki Reisch und Steve Kretzmann veröffentlichten 2008 die Studie »A Climate of War« über die Klimafolgen des

zweiten Irakkriegs. Reisch ist Leiterin des Klima- und Energieprogramms des »Center for International Environmental Law« in Washington. Davor war sie unter anderem Professorin an der New Yorker »CUNY School of Law«. Als Juristin befasst sie sich mit Fragen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen. Steve Kretzmann gründete 2005 den Thinktank »Oil Change International«, der die Kosten und Schäden, die durch die Ölindustrie verursacht werden, untersucht und auf dessen Erkenntnisse sich Aktivist\*innen in der ganzen Welt stützen können.

In der Einleitung zur Studie weisen die Autor\*innen auf die Wechselwirkung zwischen der Klimakrise und militärischen Konflikten hin: »Nicht nur erhöht der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit von Konflikten – vor allem um den Zugang zu natürlichen Ressourcen –, sondern der Krieg beschleunigt seinerseits die globale Erwärmung und entzieht unserer Wirtschaft Geld, das für saubere Energie benötigt würde.«

Der zweite Irakkrieg dauerte offiziell vom 20. März bis zum 1. Mai 2003. Darauf folgten jedoch noch acht Jahre Besatzung durch die USA und Großbritannien. Der Krieg kostete auf irakischer Seite 460.000 Menschenleben und auf amerikanischer Seite 4.800.

Der Krieg verursachte Emissionen von 141 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub><sup>1</sup>: Das entspricht dem, was ein Land wie Neuseeland oder Kuba in einem Jahr verursacht. Die Emissionen stammen aus dem Treibstoff für Kampfhandlungen, aus brennenden Ölfeldern, aus vermehrtem Abfackeln von Gas, Explosivstoffen und Chemikalien. Doch nicht nur das Zerstörungswerk verursacht Treibhausgas-Emissionen. Wenn die zerstörten Gebäude und Straßen wieder aufgebaut werden, entstehen durch den Verbrauch von Zement weitere Emissionen.

Treibstoff allein ist verantwortlich für 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>e. Bei den Kriegshandlungen selbst wurden 49 Millionen Tonnen freigesetzt und fast genau so viel, nämlich 47 Millionen Tonnen, beim Transport des Treibstoffs zum Kriegsschauplatz. Der Transport der Truppen von den USA und zurück war für drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>e verantwortlich.

Die ökonomischen Kosten veranschlagte der Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz im Jahr 2008 mit

insgesamt 2,6 Billionen (Englisch: »trillion«) USD oder monatlich zwölf Milliarden (Englisch: »billion«) USD.

Reisch und Kretzmann berechneten, dass die direkten Ausgaben der US-Regierung für den Krieg ausgereicht hätten, um ein Viertel der Energieproduktion der USA durch Windkraft zu ersetzen und so die Emissionen der USA um ein Sechstel (1 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>e) zu senken.

### Beispiel: Krieg in Afghanistan

Die Politologin Neta Crawford von der Boston University zog kürzlich für das »Costs of War«-Projekt Bilanz über den Afghanistan-Krieg. Der zwanzigjährige Krieg der USA in Afghanistan kostete 46.000 Zivilist\*innen das Leben und trieb weit über zwei Millionen Afghan\*innen in die Flucht in den Iran und nach Pakistan (einige Hunderttausend schafften es nach Europa). Ein Drittel der Einwohner\*innen und die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren sind dort heute unterernährt. Auf amerikanischer Seite wurden 2.455 Soldat\*innen getötet und 20.722 verletzt. Die finanziellen Kosten für die USA belaufen sich auf 2,3 Billionen USD (zur Veranschaulichung: Das ist mehr als das Fünffache der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung Österreichs). Die medizinische Versorgung aller verwundeten und dauerhaft behinderten amerikanischen Kriegsveteran\*innen seit »9/11« (2001) wird bis 2050 Kosten von weiteren zwei Billionen USD verursachen. Die Berechnungen, was diese Summen für den Klimaschutz hätten bringen können, stehen noch aus.

#### von Martin Auer

Schriftsteller sowie Kultur- und Sozialanthropologe  
Koordinator der Öffentlichkeitsarbeit von Scientists for Future, Österreich  
Foto: Nuria Lechner



1 CO<sub>2</sub>e: CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Treibhausgase wie Methan, Lachgas usw. werden nach ihrer Wirkung in CO<sub>2</sub> umgerechnet. Hinweis: In den zuvor genannten Studien wurde mit anderen Maßzahlen gearbeitet. Deshalb wird dort von CO<sub>2</sub> gesprochen.

Dieser Artikel erschien vor Beginn des Krieges in der Ukraine unter gleichem Titel, aber mit ausführlichen Quellenangaben zuerst auf [at.scientists4future.org](http://at.scientists4future.org). Die DDS-Redaktion bedankt sich beim Autor und bei Scientists for Future für die Nachdruckgenehmigung.



# Klimawandel als Sicherheitsrisiko



Foto: IMAGO / Müller-Staufgenberg

Die menschengemachte globale Erwärmung ist eine weltweite Herausforderung. Der sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2021/22 zeigt, dass bei weiter steigenden Emissionen von Treibhausgasen bis Ende dieses Jahrhunderts eine Temperaturzunahme von mehr als 4 °C möglich ist, was sich durch eine ambitionierte Klimaschutzpolitik nach dem Pariser Abkommen auf 1,5 bis 2 °C begrenzen ließe. Die Folgen betreffen das gesamte Klimasystem und beeinträchtigen das Leben von Millionen von Menschen. Bei Überschreiten einer kritischen Schwelle besteht die Gefahr von Verstärkereffekten, die das Erdklima destabilisieren. Der Klimawandel gefährdet weltweit auch die menschliche Sicherheit, gerade in ärmeren Ländern und Bevölkerungsschichten.

Konfliktrelevante Folgen des Klimawandels sind der Mangel an Wasser und

Nahrung, Stürme und Überschwemmungen sowie umweltbedingte Migration. Wenn sich durch steigende Lebensmittelpreise oder Wasserknappheit Ernährungsprobleme verschärfen, können soziale Unruhen die Folge sein, die durch Verstärkereffekte staatliche Grenzen überschreiten können. Wichtig sind auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit und Verteilung von Ressourcen und damit verbundene Ressourcenkonflikte. Hierzu gehören die Degradation von Wäldern und Ackerland, die Erschöpfung von Wasservorräten und Fischbeständen oder die Folgen von Bergbau- und Staudammprojekten. Meist sind solche Konflikte lokal-regional bedeutsam, ohne eine wesentliche Bedrohung für die internationale Sicherheit darzustellen. Die Konfliktfolgen von Klimaänderungen sind oft indirekt, komplex und mit politischen, ökonomischen und sozialen Konfliktfaktoren verbunden, deren Wirkungen verstärkt oder abgeschwächt werden.

## Studien und Berichte zu Klimakonflikten

In der Fachliteratur gibt es widersprüchliche Aussagen über die Verbindung von Klimawandel und Gewaltkonflikten. Eine Expert\*innenbefragung in der Fachzeitschrift »Nature« dokumentierte z. B., dass mit der zukünftigen Erwärmung das Konfliktrisiko deutlich ansteige, aber durch Anpassungsmaßnahmen auch eingedämmt werden könne. Soziale Ungleichheit, Regierungsschwäche und andere sozioökonomische Treiber beeinflussen Gewaltkonflikte oft stärker als der Klimawandel. Sicherheitsrisiken des Klimawandels sind besonders dort wirksam, wo große Bevölkerungszunahme, geringer Entwicklungsstand, niedriges Wirtschaftswachstum, mittleres Demokratieniveau, ethno-politische Differenzen sowie politische Instabilität und Gewalt vorkommen.

Wie dramatisch die Folgen des Kli-

mawandels werden können, zeigte am 28. Februar 2022 der Weltklimarat im zweiten Teil des sechsten Sachstandsberichts auf. Der Bericht ließ keinen Zweifel daran, was die ungebremste Aufheizung unseres Planeten bedeutet: »Die Folgen und Risiken des Klimawandels werden immer komplexer und schwieriger zu bewältigen. Vielfältige Klimagefahren werden gleichzeitig auftreten, und vielfältige klimatische und nicht-klimatische Risiken werden wechselwirken, was zu zusammengesetzten Gesamtrisiken und Risikokaskaden über Sektoren und Regionen hinweg führt.«<sup>1</sup>

## Regionale Brennpunkte und Konfliktkonstellationen

Aktuelle Forschungen verwenden georeferenzierte Daten, die auch kleinskalige Gewaltereignisse umfassen (z. B. gewaltsame Proteste, Unruhen, Terrorakte). Komplexe Wirkungsketten und kausale Zusammenhänge sind theoretisch noch wenig verstanden, nur schwer nachweisbar und von regionalen Kontexten abhängig. Die Analyse einzelner Fälle kann dazu beitragen, die komplexen Wechselwirkungen und Verstärkungen zwischen Klimawandel, Verwundbarkeit und Gewaltkonflikten in Brennpunkten des Klimawandels zu verstehen, in denen auch gesellschaftliche Kipppunkte auftreten können. In Südasien verbinden sich z. B. Stürme und Flutkatastrophen mit Ernährungsproblemen und Umweltmigration. In Latein- und Zentralamerika stehen Konflikte um Land und Biodiversität im Vordergrund etc.

Alles durch Klimawandel erklären zu wollen, schiebt die Verantwortung auf ein globales Problem und vernachlässigt andere Konfliktursachen wie die neoliberale Globalisierung, regionale Rivalitäten oder Ressourcenprobleme. So lenkte die plausible Darstellung, der Arabische Frühling sei durch steigende Lebensmittelpreise, auch als Folge von Wetterextremen in anderen Teilen der Erde, angestoßen worden, von den Missständen in autokratischen Regierungen oder den Schattenseiten globalisierter Nahrungsmittelmärkte ab. Dies gilt für den Darfurkonflikt ebenso wie für den Syrienkonflikt. In beiden Fällen ließen sich dadurch vorhandene Konflikte, Rivalitäten und Gewaltstrukturen sowie verfehlte Politiken der Regierun-

gen leichter ausblenden. Die Instrumentalisierung des Klimawandels für eigene Interessen gilt auch für geopolitische Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten um die Ressourcen des Mittelmeerraums oder der Arktisregion, deren Ausbeutung durch die Erwärmung verstärkt, aber nicht primär verursacht wird.

Selbst Industrieländer sind von Klimarisiken betroffen, auch wenn hier die Anpassungsmöglichkeiten besser und die Konfliktpotenziale niedriger sind. Durch den Wirbelsturm »Katrina« im Jahr 2005 an der Golfküste der USA kamen z. B. 1.800 Menschen ums Leben, Hunderttausende verließen fluchtartig die Region, die Behörden verloren die Kontrolle, die Polizei konnte die Ordnung nicht sichern.

## Vom Konflikt zur Kooperation

Die Frage ist, wie auf die Gefahren des Klimawandels reagiert wird. Bei reaktiven Handlungsmustern geht es um die Abwehr von Bedrohungen für die nationale und internationale Sicherheit, die Konflikte und Instabilitäten zur Folge haben können. 2007, 2011 und 2020 diskutierte der UNO-Sicherheitsrat die Sicherheitsrisiken des Klimawandels, ohne zu einer Einigung zu kommen. Auch andere sicherheitspolitische Akteure befassten sich mit möglichen Sicherheitsrisiken und Destabilisierungspotenzialen des Klimawandels, darunter die NATO, das Pentagon und die Bundeswehr. Während diese Organisationen selbst zu den größten Umweltverschmutzern gehören, bereiten sie sich auf humanitäre Operationen, Katastrophen- und Küstenschutz ebenso wie auf Gewaltkonflikte und Fluchtbewegungen vor. Trotz der Rhetorik von »Klimakriegen« in Medien, bei Tagungen oder in offiziellen Dokumenten gab es bislang erst wenige konkrete Beispiele und Maßnahmen zur Bewältigung der Sicherheitsrisiken des Klimawandels und systemische Problemlösungen.

Flucht und Gewalt sind keine notwendigen Reaktionen auf den Klimawandel. Präventive Konzepte zielen darauf, Verwundbarkeiten und Risiken für menschliche Sicherheit zu vermeiden sowie die Anpassungsfähigkeit und Resilienz von Gemeinschaften zu stärken, die von Folgen des Klimawandels

besonders betroffen sind. Institutionelle Strukturen setzen auf vorbeugende und kooperative Lösungen, wodurch die Konfliktrisiken des Klimawandels vermieden und ein »Klima des Friedens« befördert werden. Kooperative Reaktionen auf den Klimawandel können in Zukunft eine größere Rolle spielen, etwa in Form von Zusammenarbeit oder Vereinbarungen zur gemeinsamen Ressourcennutzung. Hier besteht noch Forschungsbedarf zur Verbesserung der Datenbasis und zum theoretischen Verständnis der Zusammenhänge, was in Konzepten des »nachhaltigen Friedens« oder des »environmental peacebuilding« zunehmend untersucht wird, in denen positive Synergien zwischen Umwelt und Frieden angestrebt werden. Im Kern braucht es für eine nachhaltige Friedenssicherung eine Energie-, Agrar- und Verkehrswende, verbunden mit Effizienzsteigerung und Energieeinsparung, erneuerbaren Energiequellen und Dekarbonisierung, Strom und Wasserstoff als Energieträgern, einer Kreislaufwirtschaft und naturnahen Lösungen.

Mit großer Sorge sehen wir deshalb, dass diese nachhaltigen Lösungen aktuell durch den Krieg in der Ukraine untergraben werden, der Finanzmittel und Ressourcen umwidmet, die öffentliche Aufmerksamkeit verschiebt, Energie- und Nahrungsmärkte destabilisiert, Natur und Gesellschaft durch geopolitische Machtkämpfe beeinträchtigt. Die fossile Energieinfrastruktur, die in Friedenszeiten die Volkswirtschaften in Ost und West verband, dient nun in Kriegzeiten als Kampfmittel, Konfliktziel und Finanzinstrument für die Kriegsmaschinerie. Bei weiterer Eskalation droht eine destabilisierende Abwärtsspirale von Konfrontation, Umweltzerstörung und Aufrüstung.

### von Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Professur für Geografie an der Universität Hamburg  
Leiter der Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) und im Klima-Exzellenzcluster CLICCS



<sup>1</sup> Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6), Beitrag von Arbeitsgruppe II: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Hauptaussagen aus der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM), S. 2

# Am Ende des Jobs noch Urlaub?

## Urlaubsabgeltung, wenn die Beschäftigung mit dem Schuljahr endet

**Der Urlaubsanspruch für angestellte Lehrkräfte ist keineswegs immer »mit den Schulferien abgegolten« – das gilt vor allem dann, wenn die Beschäftigung im Juli endet. Wir erläutern die Details – für Beamt\*innen gelten aber andere Regelungen.**

Ende Juli, Ende des Schuljahres, die Urlaubszeit beginnt. Für angestellte Lehrkräfte endet dann oft auch der Job. Befristete Verträge sind sehr oft auf den 31. Juli bezogen, in diesem Jahr vielleicht auch nur auf den 29. Und es ist auch das Datum, an dem nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) der Wechsel in den Ruhestand stattfindet, wenn man zwischen Februar und Juli 65 Jahre und 11 Monate alt wurde (die Altersgrenze ändert sich jedes Jahr). Private Schulen regeln das oft per Arbeitsvertrag ebenso.

Ärgerlich: Während die weiterhin beschäftigten Kolleg\*innen dann in den bezahlten Urlaub gehen (oder zumindest unterrichtsfrei haben), muss man sich trotz bisher voller Arbeitsleistung in den Sommerferien mit der bescheidenen Rente oder dem meist um 40 Prozent niedrigeren Arbeitslosengeld begnügen. Aber: Das Urlaubsrecht ist mit die komplizierteste Frage im Arbeitsrecht, und für Lehrkräfte noch mehr als sonst. Oft besteht zumindest noch ein Anspruch auf »Urlaubsabgeltung«.

### Wie viele Urlaubstage für 7 Monate?

Aber Schritt für Schritt: Die Schulferien dauern bundesweit 75 Werktagen, wozu auch 12 Samstage zählen (warum auch immer). Rechnet man die heraus, bleiben bei einer 5-Tage-Woche 63 Ferientage. Das entspricht 12,6 Wochen. Der Urlaubsanspruch nach TV-L liegt aber bei nur 30 Tagen (auf die 5-Tage-Woche bezogen), also bei 6 Wochen. Von den 63 Ferientagen sind also nur 30 Tage Urlaub. Aber welche Tage genau?

Für verbeamtete Kolleg\*innen gilt in Bayern: »Bei Professoren und Lehrern ist der Erholungsurlaub durch die unterrichtsfreie Zeit abgegolten.« (§ 3 Abs. 5 UrlMV) Für angestellte Lehrkräfte ist es etwas anders, auch wenn es ähnlich

klings: »Der Urlaub ist in den Schulferien zu nehmen.« (§ 44 Nr. 3 Abs. 1 TV-L) Auch das regeln private Schulen oft ähnlich. Denn für Angestellte gilt zusätzlich das Bundesurlaubsgesetz. Und aus dessen § 7 ausführlich zitiert, weil es wichtig ist: *»(1) Bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs sind die Urlaubswünsche des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, es sei denn, daß ihrer Berücksichtigung dringende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmer, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, entgegenstehen. Der Urlaub ist zu gewähren, wenn der Arbeitnehmer dies im Anschluß an eine Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation verlangt.*

*(2) Der Urlaub ist zusammenhängend zu gewähren, es sei denn, daß dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe eine Teilung des Urlaubs erforderlich machen. Kann der Urlaub aus diesen Gründen nicht zusammenhängend gewährt werden, und hat der Arbeitnehmer Anspruch auf Urlaub von mehr als zwölf Werktagen, so muß einer der Urlaubsteile mindestens zwölf aufeinanderfolgende Werktage umfassen.«*

Die Urlaubstage müssen also festgelegt sein, nicht einfach nur »durch die Ferien abgegolten«. Es reicht nicht, wenn der oder die Schulleiter\*in sagt »Nimm dir in den Ferien dann frei, wenn Du nichts zu tun hast.« Denn Lehrkräfte arbeiten ja auch in den Ferien. Nicht nur auf Anweisung. So fanden z. B. die Abiturprüfungen an FOS/BOS dieses Jahr in der Woche vor den Pflingstferien statt. Man kann sich ziemlich sicher sein, dass diese Lehrkräfte in den Pflingstferien kaum arbeitsfreie Tage hatten. Das gilt aber auch schon, wenn man in den Ferien Unterricht vorbereitet oder Schulaufgaben korrigiert. Falls eine Konferenz stattfand oder ähnliche feste Termine, kann es ohnehin kein Urlaubstag gewesen sein. Und auch dann nicht, wenn man in den Ferien krankgeschrieben war. Dabei geht es immer nur um ganze Tage – es gibt keinen Urlaub in halben Tagen oder stundenweise. Auch wenn nur eine Stunde gearbeitet wurde, war es kein Urlaubstag.

Jetzt geht das Rechnen los, hoffentlich kann man es noch nachvollziehen: An wie vielen Arbeitstagen (Montag bis Freitag bei Vollzeit, ohne Wochenfeiertage wie Pflingstmontag oder Karfreitag) hatte man im Jahr 2022 wirklich komplett arbeitsfrei? Dass es Lehrkräften gesetzlich verboten ist, am Sonntag oder Feiertag Unterricht vorzubereiten oder Leistungsnachweise zu korrigieren, sei nur am Rande erwähnt.

Im Jahr 2022 gab es in den Weihnachts-, Frühjahrs-, Oster- und Pflingstferien 25 Arbeitstage (Mo-Fr), die kein Feiertag waren. Dabei zählt nur die Zeit ab 1. Januar, nicht das ganze Schuljahr. Wenn man wirklich an allen diesen Tagen nichts gearbeitet hatte, wäre auch bei Beschäftigungsende zum 31. Juli der Urlaubsanspruch von der Anzahl der Tage her erfüllt. Nach TV-L gilt: »Beginnt oder endet das Arbeitsverhältnis im Laufe eines Jahres, steht als Erholungsurlaub für jeden vollen Monat des Arbeitsverhältnisses ein Zwölftel des Urlaubsanspruchs ... zu«. Das wären bei Beschäftigungsende am 31. Juli  $7/12$  von 30 = 17,5 Urlaubstage. Aber gesetzlich gilt: Endet das Arbeitsverhältnis erst in der zweiten Jahreshälfte, müssen es mindestens 20 Urlaubstage bei einer 5-Tage-Woche sein. Daran ändert auch der TV-L nichts.

### Noch 2 Wochen Urlaubsabgeltung in den Sommerferien?

Und dann kommt noch dazu: Laut Gesetz müssen es mindestens einmal im Jahr 12 Werktagen (hier einschließlich Samstag) am Stück gewesen sein. Das war auch in den Oster- und Pflingstferien nicht der Fall, obwohl sie zwei Wochen dauerten. Denn das waren nach Abzug von Karfreitag, Ostermontag, Pflingstmontag und Fronleichnam jedes Mal weniger als 12 Werktagen. Aus unserer Sicht hat deshalb eine angestellte Lehrkraft, die zum 31. Juli ausscheidet und vorher an 5 Tagen in der Woche unterrichtete, mindestens noch Anspruch auf 2 Wochen Urlaubsabgeltung, also etwa ein halbes Monatsgehalt. Das Arbeitsgericht Koblenz meinte zwar in einem

Urteil vom 14.10.2020 (7 Ca 1140/20), die Wochenfeiertage wären bei der Regelung zu den 12 Werktagen ebenso wie Werktage zu betrachten – aber dieses Urteil widerspricht dem Gesetz (§ 3 Abs. 2 BUrlG) und hat als Urteil eines Gerichts der untersten Instanz keine große Bedeutung für andere Fälle. Erst wenn das Bundesarbeitsgericht ebenso entscheiden würde, wäre das ein Argument.

Wenn die befristete Anstellung bis Ende August dauert und im August keine Arbeit mehr anfällt, ist der Urlaubsanspruch für 2022 in aller Regel erfüllt. Der Freistaat Bayern als Arbeitgeber befristet die Schuljahresverträge je nach Einstellungsdatum (meist ein Stichtag im Oktober) auf Ende Juli oder Ende August, das muss aber nicht zwangsläufig auch

für kommunale, private oder kirchliche Schulen gelten. Und auch wer erst im November, Dezember oder Januar eingestellt wurde, hat Ende Juli die 20 Tage Mindestanspruch erworben, wenn er\* sie länger als 6 Monate beschäftigt war.

### Konsequenzen aus der Urlaubsabgeltung

»Urlaubsabgeltung« bedeutet: Der bisherige Arbeitgeber muss die noch fehlenden Urlaubstage mit dem Ende der Beschäftigung auszahlen. Wenn man zum Regeltermin in Rente geht, ist das ein zusätzliches Einkommen. Wer ab August Arbeitslosengeld beantragen muss, hat deutlich weniger davon: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld beginnt

dann erst entsprechend später. Dadurch verschiebt sich aber auch die Anspruchsdauer nach hinten. Wer im selben Kalenderjahr eine neue Anstellung findet, muss sich den bereits gewährten oder abgeholten Urlaubsanspruch beim neuen Arbeitgeber anrechnen lassen.

Wie immer berät im Einzelfall die GEW dazu. Aber eben nur ihre Mitglieder. Und dazu brauchen wir genaue Daten: Wie war der Vertrag, an welchen Tagen im Jahr 2022 wurde gearbeitet, gab es festgelegte Urlaubstage, wurden sie von der Lehrkraft beantragt und vom Arbeitgeber ausdrücklich bewilligt?

**von Erwin Denzler**  
Gewerkschaftssekretär der  
GEW Bayern



## SuE-Tarifrunde zu Ende – weitere richtige Schritte

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich in der SuE-Tarifrunde geeinigt. Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gibt es Zulagen zum Gehalt und feste sowie wählbare Entlastungstage.

### Der Abschluss im Überblick

- **Einstieg in die Entlastung erreicht:** 2+2 Erholungstage pro Jahr (zwei feste und zwei wählbare Tage)
- **Aufwertung erreicht:** 130 Euro Zulage monatlich für Erziehungsberufe (Gehaltsgruppen S 2 bis S 11a)
- **Aufwertung erreicht:** 180 Euro für Sozialarbeiter\*innen (Gehaltsgruppen S 11b bis S 12 sowie S 14 und S 15, Fallgruppe 6)
- **Berufserfahrung lohnt sich nun schneller:** Verkürzung der Stufenlaufzeiten ab 1. Oktober 2024
- **Mehr Zeit** für pädagogische Arbeit
- **Beschäftigte der Entgeltgruppen S 8a, S 8b, S 9 und S 11a**, die als Praxisanleiter\*in in der Ausbildung von Erzieher\*innen, von Kinderpfleger\*innen, von Sozialassistent\*innen oder von Heilerziehungspfleger\*innen mit einem zeitlichen Anteil von mindestens 15 Prozent an ihrer Gesamttätigkeit tätig sind, erhalten für die Dauer dieser Tätigkeit eine Zulage in Höhe von 70 Euro monatlich.

### Behindertenhilfe:

- **Neue Fallgruppe S 8a** für Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Weiterbildung als geprüfte Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung als Gruppenleiter\*in in Ausbildungs- und Berufsförderungswerkstätten
- **Klarstellung Eingruppierung in S 7** bei Beschäftigten mit sonderpädagogischer Zusatzqualifikation i. S. der Werkstättenverordnung
- **Wohnzulage von 100 Euro** für Beschäftigte bei einer Tätigkeit in besonderen Wohnformen (insbesondere stationären Einrichtungen, Wohngruppen, Kinder- und Jugendwohnheimen u. vergleichbaren Einrichtungen) oder ambulant unterstützter Einzelbetreuung sowie in der Heimerziehung

Die jetzt erzielte Einigung hat eine **Laufzeit** von fünf Jahren bis zum **31. Dezember 2026**.

**Detaillierte Infos** und die dazu passenden **FAQs** findet ihr hier:

[gew.de/aktuelles/detailseite/weiterer-schritt-zur-aufwertung-im-sue](http://gew.de/aktuelles/detailseite/weiterer-schritt-zur-aufwertung-im-sue)

[gew.de/wir-sind-die-profis/fragen-und-antworten](http://gew.de/wir-sind-die-profis/fragen-und-antworten)

**Save the date:** Im Januar 2023 stehen die nächsten Tarifverhandlungen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vor Tür – und damit die nächste Gelegenheit, gemeinsam für mehr Gehalt zu kämpfen.

**von Anton Salzbrunn und Hilger Uhlenbrock**  
Mitglieder des Landesvorstandes der GEW Bayern

# Ein Reminder: Teilzeit ist Teilzeit!

**Vor einigen Wochen ging die Forderung des Ministerpräsidenten Kretschmann aus Baden-Württemberg durch die Presse: Teilzeitlehrkräfte sollten eine Stunde mehr arbeiten, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen. In Bayern kennen wir diese ungewollte Form der Mehrarbeit seit dem Schuljahr 2020/2021, als uns der bayerische Kultusminister sein Piazolo-Paket für die Grund-, Mittel- und Förderschulen überreichte. Darin auch folgende Ansa-ge: Antragsteilzeit geht nur noch mit 24 bzw. 23 Stunden. Doch auch ohne diese Verschärfung – Teilzeit ist längst keine Teilzeit: Sehr häufig arbeiten Lehrkräfte in Teilzeit weit über ihr Stundenmaß hinaus, obwohl dies einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) aus dem Jahr 2015 widerspricht.**

Die GEW Baden-Württemberg reagier-te entsetzt auf die Aussage Kretschmanns und kündigte Widerstand an. Dabei ist der Gedanke des Ministerpräsidenten auf den ersten Blick nachvollziehbar, denn er bietet die einfachste Lösung: Wenn der Berg an Arbeit mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr zu bewältigen ist, verpflichtet man die Lehrkräfte einfach dazu, mehr zu arbeiten. Doch mit welchen Folgen?

Da die GEW Bayern diese kennt, zeigte sie sich in einer Pressemitteilung<sup>1</sup> mit ihren baden-württembergischen Kolleg\*innen sofort solidarisch: In Bayern wurde mit dem Piazolo-Paket die Möglichkeit der Antragsteilzeit z. B. in Förderschulen auf 23 Unterrichtsstunden festgelegt und damit stark eingeschränkt.<sup>2</sup> Doch Menschen arbeiten in der Regel nicht ohne Grund in Teilzeit. Die Erfahrungen in der personalrätlichen Beratung zeigen, dass vor allem ältere Kolleg\*innen unter der Maßnahme leiden. Für sie war die Antragsteilzeit eine Möglichkeit, die vielfältigen und immer größer werdenden Belastungen im Arbeitsalltag noch bewältigen zu können. Wenn für von Krankheit bedrohte Kolleg\*innen als einzige Alternative der Weg zum\*r Amtsarzt\*ärztin bleibt, um eine Teildienstfähigkeit anzustreben, hat das mit Fürsorge nichts mehr zu tun.

## Fehlende arbeits- medizinische Vorsorge

Aus der Perspektive eines Personalrats ist das umso gravierender, da nach

wie vor die gesetzlich vorgeschriebene Möglichkeit einer arbeitsmedizinischen Vorsorge in Schulen fehlt und damit auch die Ebene, die einen Zusammenhang zwischen der beruflichen Tätigkeit und einer drohenden oder bereits bestehenden Erkrankung der Beschäftigten herstellen könnte und müsste. Zwar schreibt sich das Arbeitsmedizinische Institut (AMIS) diese Aufgabe in seinen Katalog<sup>3</sup>, doch ist dies in der Realität und im Bewusstsein der Kolleg\*innen in der Breite noch nicht angekommen. Anstatt einer prophylaktischen Vorsorge inklusive individueller Gefährdungsbeurteilung und daraus folgenden organisatorischen Maßnahmen, um einer berufsbezogenen Erkrankung vorzubeugen, bleibt derzeit nur der Gang zum\*r Amtsarzt\*ärztin, um über den Weg einer Teildienstfähigkeit einen Anspruch auf Teilzeit durchzusetzen. Mit allen Risiken.

## Teilzeit in Zeiten des Lehrkräftemangels

Wer (familienpolitische) Teilzeit in Anspruch nimmt, arbeitet in der Regel weit über sein Teilzeitmaß hinaus. Aufgrund des gravierenden Personal-mangels werden derzeit immer mehr Kolleg\*innen in die Klassenleitung gezwungen – auch mit unterhältigen Teilzeitdeputaten. Am Beispiel einer Kollegin mit 15 Stunden Unterrichtsverpflichtung und einer Klassenleitung in einer vierten Klasse wird dies deutlich: Neben dem Unterrichten und der Vor- und Nachbereitung fallen zahlreiche Aufgaben an, die sich nicht von denen einer Vollzeitlehrkraft unterscheiden: Förderpläne und Zeugnisse für alle Schüler\*innen schreiben, Elternarbeit, Förderplangespräche, Teamsitzungen, Lehrer\*innenkonferenzen etc. Einen Großteil der außerunterrichtlichen Tätigkeit erledigt sie also in Vollzeit. Doch dies widerspricht einem Urteil des BVerwG aus dem Jahr 2015.

## Teilzeiturteil des BVerwG

Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte dürfen »in der Summe ihrer Tätigkeiten nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden«, urteilte damals das BVerwG als höchste juristische Instanz.<sup>4</sup> Geklagt hatte eine

Oberstudienrätin in Teilzeit. Ihre Forderung, der Umfang der ihr übertragenen Funktionstätigkeit müsse ebenfalls dem Teilzeitmaß entsprechen und sie habe demzufolge Anspruch auf Mehrvergütung oder Anrechnungsstunden, wurde zunächst vom Verwaltungs- und vom Oberverwaltungsgericht abgelehnt. Doch in letzter Instanz erhielt sie recht. Das BVerwG betonte in seinem richtungsweisenden Urteil, dass alle außerunterrichtlichen Tätigkeiten der Teilzeitquote entsprechen müssen.

## Forderungen der GEW Bayern

Es ist offensichtlich, dass in der aktuellen schulischen Realität die vielen Teilzeitlehrkräfte mit einem überaus hohen Anteil an »Mehrarbeit« in ihrer außerunterrichtlichen Arbeitszeit einen großen Beitrag dazu leisten, dass das Bildungssystem nicht zusammenbricht. Auch wenn es ein Anrecht auf Entlastung oder Anrechnung gäbe – es fehlen die Ressourcen. Die Maßnahmen aus dem Piazolo-Paket haben die Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Förderschulen verschärft. Was fehlt, ist eine dringend notwendige Aufwertung der Attraktivität des Berufsbildes, um jungen Menschen Lust aufs Lehramt zu machen. Entlastende Maßnahmen könnten dafür sorgen, dass Lehrkräfte freiwillig ihre Teilzeitquote erhöhen. Die GEW Bayern fordert eine Rücknahme des Piazolo-Pakets, eine Veränderung der Lehrkräftebildung hin zu mehr Flexibilität, Entlastung durch Einstellung von Fachkräften in der Verwaltung und im IT-Bereich, attraktive Arbeitsbedingungen, angefangen mit der gerechten Bezahlung aller Lehrkräfte, und konstruktive Konzepte im Umgang mit dem Lehrkräftemangel.

**von Florian Kohl**

Mitglied im Hauptpersonalrat  
Stellvertretender Vorsitzender  
der GEW Bayern



- 1 [gew-bayern.de/presse/detailseite/teilzeit-ist-teilzeit](https://gew-bayern.de/presse/detailseite/teilzeit-ist-teilzeit)
- 2 Piazolo-Paket? – Annahme verweigert! Vgl. [gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/piazolo-paket-annahme-verweigert](https://gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/piazolo-paket-annahme-verweigert)
- 3 [lgl.bayern.de/arbeitschutz/amis/beratung\\_arbeitsmedizinisch/index.htm](https://lgl.bayern.de/arbeitschutz/amis/beratung_arbeitsmedizinisch/index.htm)
- 4 [bverw.de/160715U2C16.14.0](https://bverw.de/160715U2C16.14.0)

# Schwerpunkte der GEW Bayern

Der folgende Leitantrag der GEW Bayern wurde im Oktober 2021 auf der Landesvertreter\*innenversammlung (LVV) beschlossen. Mitte Mai 2022 beschäftigte sich der Landesvorstand erneut damit. Da die darin festgehaltenen Aufgaben und Ziele auch für unsere Mitglieder interessant sind, entschied dieser, den Leitantrag hier zu veröffentlichen.

## Leitantrag: Gemeinsam weiterkommen!

Die Landesgremien der GEW Bayern befassen sich bis zur LVV 2023 als Schwerpunkt in konstruktiver Weise mit den nachfolgend aufgeführten Aufgaben:

1. Aufzeigen umsetzbarer Wege, durch welche sich die Arbeitsbelastungen der Kolleg\*innen senken lassen
  - a) Welche Formen von Arbeitszeitverkürzung bringen den Kolleg\*innen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen die größte Entlastung?
  - b) Wie lässt sich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur entsprechenden Kürzung nicht unterrichtlicher Arbeitszeiteile von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften durchsetzen?
  - c) Wie können untaugliche Inhalte und Bewertungssysteme in Bildungsprozessen zurückgedrängt werden?
2. Unterstützung der Aktionen zu JA 13 mit dem Ziel gleicher Eingangsbesoldung bzw. Entgelteingruppierung in allen Schularten
3. Einsatz gegen die doppelten finanziellen Nachteile der angestellten Kolleg\*innen gegenüber den Beamt\*innen bezüglich Nettogehalt und Rentenbezug mit dem Ziel der Angleichung der angestellten an die verbeamteten Kolleg\*innen
4. Durchbrechung der jahrzehntelangen Verweigerungsstrategie des Kultusministeriums beim Arbeits- und Gesundheitsschutz
5. Einsatz für eine stärkere Beteiligung von beamteten Kolleg\*innen bei den Tarifrunden (TVöD und TV-L) und Intensivierung des gewerkschaftlichen Kampfs gegen das

vordemokratische Streikverbot für Beamt\*innen

6. Intensive Unterstützung der anstehenden Tarifverhandlungen und der nächsten Wahlen zu Personal- und Betriebsräten. Dazu werden die Mitglieder in den Tarifkommissionen bzw. die zuständigen Landesfachgruppen regelmäßig aufgefordert, aktuelle Kurzberichte über den Stand der Planungen für ihren Bereich vorzulegen.
7. Ergreifen von Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung in allen Bereichen, v. a. gegen die ausufernde Befristungspraxis an den Hochschulen, für Tarifverträge bei studentischen Hilfskräften, gegen Scheinselbstständigkeit, für Tarifbindung orientiert an TVöD oder TV-L bei privaten Bildungseinrichtungen und in der Erwachsenenbildung
8. Handeln für ein Umsteuern in der Rentenpolitik gegen Altersarmut im Sinne der weitgehenden Grundsatzforderungen des DGB, dies auch innerhalb des DGB auf Landes- und Kreisebene
9. Einsatz für die Beendigung der skandalösen »Spitzabrechnung« von Referendar\*innen, sodass deren Gehalt nicht länger aufgrund von Erkrankungszeiten und Unterrichtsausfällen differieren kann
10. Kritische Begleitung der Digitalisierung als Thema des Unterrichts und als Methode des Unterrichts (Lehren und Lernen über Medien

und mit Medien) unter Beachtung des Primats der Pädagogik vor der Technologie

11. Stärkung der politischen Bildung auch in der Praxis, sodass Schüler\*innen und Studierende demokratische Prozesse als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen erleben können
12. Aushänge und Infos in klarer Sprache und eindrucksvollen Bildern, damit die Zusammenhänge wesentlicher gesellschaftlicher Entwicklungen und deren Folgen anschaulicher werden
13. Herausstellung von offensichtlichen Widersprüchen zwischen wohlklingenden Äußerungen der politisch Verantwortlichen (wie z. B. der bayerischen Staatsregierung und der Verwaltungsebenen) und ihrem entgegengesetzten Handeln

Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn Kreis- und Bezirksvorstände, Landesfach- und Personengruppen wie auch Ad-hoc-Gruppen erklären, welche dieser Schwerpunkte sie in welchen Zeiträumen bearbeiten werden. Damit sollen die zuständigen Landesgremien mehr koordinierende als inhaltliche Aufgaben erfüllen können.

Zugleich soll die GEW als die Bildungsgewerkschaft auf allen Ebenen sichtbar werden.

Anzeige



**Klinik am  
Leisberg**  
BADEN-BADEN





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8  
76530 Baden-Baden

www.leisberg-klinik.de

# GEW und Yekitiya mamostêyen (aus Nord- und Ostsyrien) – zwei Bildungsgewerkschaften auf dem Weg zur Kooperation

»Nord- und Ostsyrien – Bildung für Demokratie und Vielfalt« – so nannte sich nicht nur eine GEW- Veranstaltung auf der Tagung Internationales in diesem Februar. Dieser Titel ist auch für eine Gruppe von Aktiven innerhalb der GEW schon seit Langem Motto für ihren Einsatz für den Bildungsbereich in dieser Region.

Die Ziele des basisdemokratischen Gesellschaftssystems dort mit Gleichberechtigung aller Ethnien, Sprachen, Religionen und der festen Verankerung der Frauenrechte auf allen Ebenen sind auch Grundlage des öffentlichen Bildungswesens. Als Mitglied sowohl in der Bildungsinternationale als auch bei der Globalen Bildungskampagne liegt es auf der Hand, dass wir uns als GEW für die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen für Bildung in Nord- und Ostsyrien einsetzen.

So hat sich im Rahmen der Vernetzung von Mitgliedern aus Bayern, Berlin und Niedersachsen, die ehrenamtlich in der internationalen Arbeit aktiv sind, nun auch eine bundesweite Koordinierung zu Nord- und Ostsyrien gebildet. Im Austausch mit Vertreter\*innen aus Nord- und Ostsyrien und mit dem Referat Internationales beim Hauptvorstand der GEW berät die Gruppe Möglichkeiten des Informationsaustauschs, der Öffentlichkeitsarbeit, der Unterstützung und der Kooperation. In diesem Zusammenhang werden auch die

nächsten Schritte bis zum Baubeginn der Mädchenberufsschule in Kobanê<sup>1</sup> besprochen.

Die Vertretung der Selbstverwaltung in Berlin half dabei, Mitglieder des Bildungsrates und der Bildungsgewerkschaft bei zwei Veranstaltungen und auch in der E&W 2/2022 zu Wort kommen lassen. Zuletzt organisierte der NAMA (Niedersächsischer Ausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung) mit der GEW-Bildungsgruppe für Nord- und Ostsyrien im Mai eine Online-Veranstaltung. Auch hier beschrieben die Gäste aus Nord- und Ostsyrien, live zugeschaltet oder per Aufzeichnung, die Ziele und Fortschritte, aber auch die Hemmnisse auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Bildung für alle.

Folgende Schwierigkeiten wurden immer wieder thematisiert:

- fehlende internationale Anerkennung der Abschlüsse
  - Fehlen von Schulgebäuden oder mangelhafte Ausstattung
  - Klassen mit über 50 Schüler\*innen
  - Lebensgefahr durch Drohnenangriffe aus der Türkei
  - Angriffe auch auf Schulgebäude
  - Gefahren durch IS-Terroristen, die aus Flüchtlingslagern geflohen sind
- Letztendlich ergeben sich für uns als Bildungsgewerkschaft aktuell mehrere herausfordernde Handlungsfelder: Neben der Zusammenarbeit an

konkreten Projekten, dem länderübergreifenden Austausch über Bildungsfragen, dem Angebot von Kooperationen in allen Bildungsbereichen und der Verbreitung von Informationen in unseren Gliederungen gilt es auch, die Bildungsgewerkschaft in Nord- und Ostsyrien auf dem Weg zur Aufnahme in die Bildungsinternationale zu unterstützen. Gerade in der aktuell bedrohlichen politischen Situation ist unsere Solidarität gefragt!



von Margot Simoneit

<sup>1</sup> [gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/eine-berufsschule-fuer-maedchen-fuer-das-vom-is-zerstoerte-kobane](https://gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/eine-berufsschule-fuer-maedchen-fuer-das-vom-is-zerstoerte-kobane)

**Save the date**  
Der LIB (= Landesausschuss für interkulturelle Bildung) lädt alle Interessierten zu einem Online-Austausch ein

»GEW und Yekitiya mamostêyen (aus Nord- und Ostsyrien) – zwei Bildungsgewerkschaften auf dem Weg zur Kooperation«

Wann: **17.11.2022, 18.30 Uhr**  
Eine ausführliche Einladung folgt.

## GEW und Medien

### Pressemitteilungen der GEW Bayern ab Mai 2022

- GEW Bayern ruft bayernweit zu Warnstreiks auf – PM 14 v. 10.5.2022
- Einigung im Tarifstreit: Weiterer Schritt zur Aufwertung im Sozial- und Erziehungsdienst – PM 15 v. 19.5.2022
- GEW Bayern: Inklusion benötigt veränderte Strukturen in Schulen – PM 16 v. 3.6.2022
- GEW Bayern zum Einsatz von Bundeswehrangehörigen an Schulen: Offiziersanwärter\*innen dürfen nicht als Vertretungslehrkräfte eingesetzt werden – PM 17 v. 15.6.2022
- GEW Bayern unterstützt Petition der Heilpädagogischen Förderlehrer\*innen für eine Höhergruppierung – Beratung am 21. Juni im Landtag – PM 18 v. 17.6.2022

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: [gew-bayern.de](https://gew-bayern.de)

## Bundesweite Aktionswoche gegen Berufsverbote in Berlin



Am 18. Mai zogen vom Berufsverbot Betroffene zu einer Mahnwache vor den Landtag Brandenburg im Potsdamer Stadtschloss. Dem Landtag Brandenburg liegt ein Gesetzentwurf für einen »Verfassungstreue-Check« im öffentlichen Dienst vor, der praktisch eine Wiedereinführung der Regelanfrage beim »Verfassungsschutz« vorsieht.

Betroffene des sogenannten »Radikalenerlasses« vom 28. Januar 1972 nahmen den 50. Jahrestag dieses Ereignisses zum Anlass für eine Aktionswoche in Berlin, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen:

- Offizielle bundesweite Aufhebung des verfassungswidrigen »Radikalenerlasses«
- Voll umfängliche Rehabilitation und Entschädigung aller Betroffenen
- Wissenschaftliche Aufarbeitung der Folgen der Berufsverbote und ihrer Auswirkungen auf die demokratische Kultur

Nicht minder wichtig war uns aber, uns entschieden dagegen zu wenden, dass in Brandenburg Innenminister Stübgen (CDU) ein Gesetz ähnlicher Art wie der seinerzeitige »Radikalenerlass« durch den Landtag beschließen lassen will. So zogen wir zu einer Mahnwache nach Potsdam. Unterstützt von einer Trommlergruppe äußerten wir auf Spruchbändern unseren Widerstand.

Kern der Aktionswoche waren aber zwei Veranstaltungen, zu denen wir hochkarätige Unterstützerinnen begrüßen durften. Es sprachen Herta Däubler-Gmelin (SPD, ehemalige Bundesjustizministerin 1998-2002), die Bundesvorsitzende der GEW Maïke Finnern und Andrea Kocsis, die stellvertretende Bundesvorsitzende von ver.di. Alle drei hielten beeindruckende Reden, in denen sie ihre absolute

Solidarität bekundeten. Eine Grußadresse überbrachte auch noch Cornelia Kerth, die Bundessprecherin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-VdA).

Maïke Finnern würdigte unsere Arbeit, bezeichnete den »Radikalenerlass« als »Fehler der Vergangenheit« und unterstrich, dass Einstellungen in den öffentlichen Dienst nicht von Gesinnungsprüfungen abhängig gemacht werden dürften: »Wir wollen keinen Überwachungsstaat!« Und sie bekräftigte: »Wir stehen fest an eurer Seite, um von Bundes- und Landesregierungen mit Nachdruck die politische und materielle Rehabilitation der Opfer von Berufsverboten zu fordern.«

Am nächsten Abend fand eine »politische Lesung« mit Texten zu Berufsverboten statt. Passende Musik umrahmte beide mit großem Interesse aufgenommenen Veranstaltungen.

Gespräche mit Bundestagsabgeordneten der SPD, Linken und den Grünen sowie die Übergabe von einigen Tausend Unterschriften im Innenministerium unterstrichen unsere Forderungen.

Die überall empfundene Solidarität gab Kraft, unseren Kampf weiter fortzusetzen.

von Andreas Salomon

## Fachgruppenwochenende: Unser Plan für 2022/23 steht



Vom 6. bis 8. Mai 2022 traf sich die Fachgruppe Grund- und Mittelschulen der Münchner GEW nach der coronabedingten Pause endlich wieder zum bewährten Fachgruppenwochenende in Bölldorf. Elf Kolleg\*innen sammelten Ideen zu Plakaten, erstellten in Arbeitsgruppen zwei Flyer u. a. zum sogenannten »Schriftwesen«, diskutierten die Organisation des Bildungscamps und beratschlagten über das Programm der Fachgruppe während des nächsten Schuljahrs. Nebenbei blieb wie üblich noch Zeit zum Ratschen, Kochen und Spaziergehen. Wer beim nächsten Treffen dabei sein möchte, findet das aktuelle Programm mit allen Fachgruppenterminen auf der Homepage der GEW München. Ihr könnt euch aber gerne auch direkt bei mir (kathrin.frieser@gew.bayern) melden, dann nehme ich euch in unseren Mailverteiler auf.

von Kathrin Frieser



Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

## Grundschulung: Personalrät\*innen machen sich fit

Die ersten Grundschulungen für Personalrät\*innen zu Beginn des Schuljahres fanden erfreulicherweise großen Anklang und so bekamen leider nicht alle Kolleg\*innen einen der begehrten Plätze. Deswegen führte das DGB-Bildungswerk zusammen mit der GEW Bayern vom 9. bis 13. Mai 2022 eine weitere Grundschulung für Personalrät\*innen durch. 16 Kolleg\*innen, die »frisch« oder als Nachrücker\*innen in den Personalrat (PR) gewählt wurden, nutzten in Neumarkt i. d. Oberpfalz die Gelegenheit, sich unter der Leitung von Ruth Brenner (Hauptpersonalrat Grund- und Mittelschulen) und Florian Kohl (Hauptpersonalrat Förderschulen) für die neue Aufgabe fit zu machen. Neben den rechtlichen Grundlagen des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) ging es auch um Gesprächsführung im Rahmen der Personalratsarbeit. An verschiedenen Fallbeispielen wurden das BayPVG und die Einflussmöglichkeiten der Personalvertretung erörtert.

Ein Einblick in die Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz rundete die Schulung ab. Bei gemeinsamen Abendspaziergängen und kulinarischen Genüssen blieb Zeit, die neuen Erkenntnisse zu diskutieren und sich über die bisherigen Erfahrungen auszutauschen. Alle waren sich einig, dass es wünschenswert wäre, die geknüpften Kontakte aufrechtzuerhalten und gewinnbringend für die



eigene PR-Arbeit zu nutzen. So wurde kurzerhand ein Online-Folgetreffen vereinbart, das über die GEW Bayern organisiert werden soll.

von Kathrin Frieser



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter [AjM.de](http://AjM.de) (Datenbank) oder unter [LesePeter.de](http://LesePeter.de).

Im Juli 2022 erhält den LesePeter das Sachbuch

### Aina Bestard: Wie alles begann

Gerstenberg-Verlag • Hildesheim 2022 • 80 S. • 26,00 EUR • ab 8 Jahre  
ISBN: 978-3-8369-6140-0

In großartigen Bildern wird auf insgesamt 80 Seiten die einzigartige Geschichte der Erde erzählt. Wunderbare Grafiken, transparente Pergamentseiten, Zeitleisten sowie Panoramatafeln vollenden das Ganze zu einem Gesamtkunstwerk.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der geologischen Geschichte der Erde. Weiterhin erfährt der\*die Leser\*in, wie die Erde entstanden ist, welche Bedeutung Fossilien haben und wie sich das Leben auf der Erde entwickelt hat.

Die grafische Gestaltung ist durch Kupferstiche und wissenschaftliche Illustrationen des 18. Jahrhunderts mit den typischen gedeckten Farben inspiriert. Die große Detailtreue und Präzision bei der Illustration machen das Buch zu einem ganz besonderen Werk.

Im August 2022 erhält den LesePeter das Bilderbuch

### Hassan Zahreddine: Zin. Eine Geschichte aus dem Libanon

Übersetzung aus dem Arabischen: **Leila Chammaa**

Baobab Books • Zürich 2021 • 32 S. • 19,50 EUR • ab 6 Jahre  
ISBN: 978-3-907277-12-6

Wörter können bewegen. Aus Einzelbuchstaben zusammengesetzt, auf einer Seite zu einem Text angeordnet und mit der Druckmaschine vervielfältigt, erreichen sie viele Leser\*innen. Zu dieser Erkenntnis kommt Zin, der, anstatt zur Schule zu gehen, in einer Druckerei arbeitet. Eine aufwendige Drucktechnik lässt zur Geschichte passende Illustrationen entstehen, die Authentizität und ein ganz besonderes Seherlebnis erzeugen.

### Einladung der GEW Bayern

## Endlich gute Bildung für alle – auf zum Bildungscamp der GEW Bayern!

vom 13. - 15. Juli 2022 in München

mit Vorträgen, Diskussionsrunden, Musik ...

Ort: Wittelsbacher Platz

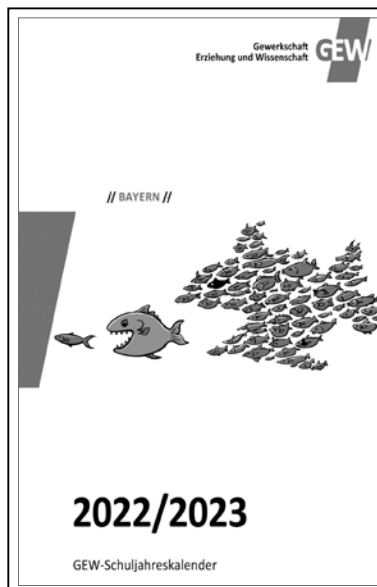
Beginn: 13. Juli 2022, 14.00 Uhr

Ende: 15. Juli 2022, 16.00 Uhr

Wir freuen uns auf euch! Kommt zahlreich!

Programm und weitere Infos:

[gew-bayern.de/bildungscamp2022](http://gew-bayern.de/bildungscamp2022)



Du hast noch keinen Kalender für das kommende Schuljahr 2022/23?

Bestell Dir einen DIN-A6-Kalender bei deiner lokalen GEW-Gliederung oder per E-Mail bei der Landesgeschäftsstelle: [kalenderbestellung@gew-bayern.de](mailto:kalenderbestellung@gew-bayern.de)

## Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

**Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (\*) ersetzt.**

**Altötting** Treffen nach Vereinbarung. \*

Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

**Ansbach** Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

**Aschaffenburg/Miltenberg** \* Kontakt: Monika Hartl, ☎ 069 22220939  
mail4moni@gmx.de

**Augsburg** Termine/Infos: gew-augsburg.de,  
Treffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr, im Augsburger  
GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de

**Bad Tölz/Wolfratshausen**  
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr  
Kontakt: Gisa Pfner-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

**Bamberg** Aktuelles: www.bamberg.gew-oberfranken.de  
Kontakt: ☎ 0951 67888, ba@gew-oberfranken.de

**Bayreuth/Kulmbach** Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer  
Ferien), 18.30 Uhr, Gaststätte »Die Laus«, Bayreuth, Hoffmann-Von-  
Fallersleben-Str. 24  
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

**Coburg** Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt  
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr,  
Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Gudula Zerluth, ☎ 09090 3986, zerluth@web.de

**Erding** Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien)  
19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim  
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

**Erlangen** jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur  
telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat,  
18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,  
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de,  
www.gew-erlangen.de

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr  
Vogelgässler, Vogelstr. 16  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

**Freising** \* Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

**Fürstenfeldbruck/Dachau** \* Kontakt: Margot Simoneit  
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

**Fürth** Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth  
am Mittwoch von 14.15 - 16.15 Uhr  
Kontakt: ☎ 0911 6589010, gew-mittelfranken@nefkom.net

**Hof-Wunsiedel** Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat,  
abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de  
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

**Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Schrobenhausen**  
Für alle Mitglieder offenes Vorstandstreffen: 3. Donnerstag im Monat,  
ab 18 Uhr, im »Ölbaum«, Bei der Schleifmühle 34, Ingolstadt  
Kontakt: Gabi Gabler, g.gabler@gmx.net

**Kempten/Oberallgäu**  
Kontakt: schwaben@gew.bayern

**Landshut/Westliches Niederbayern** \* Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag  
im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut  
Kontakt: Markus Weinberger, landshut@gew.bayern

**Lindau** \* Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183 • gew-gerold@web.de

**Main-Spessart** \* Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768  
oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

**Memmingen/Unterallgäu** \* Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756,  
gew-unterallgaeu@gmx.de

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** \*  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

**München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen**  
Termine: gew-muenchen.de  
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

**München Fachgruppe Gymnasien** \* Kontakt: Michael Hatala,  
☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/  
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

**München Fachgruppe Realschulen** \* Kontakt: Michael Hemberger,  
hembergermichi@gmail.com

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: www.gew-muenchen.de  
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**  
Treffen nachfragen \* sozpaed@gew-muenchen.de  
Programm: www.gew-muenchen.de

**München Lehramtskampagne an der Universität  
und GEW-Studierende**, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

**München AK Personalräte und Vertrauensleute**  
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, \*  
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

**München AK Union Busting** \*  
Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)**  
\* Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 0170 5430455

**München GEW-Seniorinnen und Senioren**  
Jour-fixe-Termine nachfragen \*  
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

**Neumarkt/Oberpfalz**  
Treffen nachfragen\*  
Kontakt: sigrid-schindler@web.de

**Neu-Ulm/Günzburg**  
Treffen: monatlich, \* Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen  
Traube, Witzighausen  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396,  
ulrich.embacher@gmail.com

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** \*  
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

**Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**, Monatliche Treffen.  
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Treffen nachfragen\*  
Kontakt: K. Höbner: khoebner@posteo.de und  
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

**Nürnberg/Fürth** offener Stammtisch für alle Fachgruppen \*  
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

**Nürnberg Büro für Lebenserfahrung**  
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de  
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

**Nürnberger Land** \* Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064,  
gerd.schnellinger@gew.bayern

**Passau/Östliches Niederbayern** Treffen alle zwei Monate  
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat  
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«,  
Ostengasse 16 (»Brandlbräu«), Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb  
der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

**Roth/Schwabach/Hilpoltstein** \*  
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

**Schweinfurt** jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,  
manfred.schwinger@asamnet.de

**Weiden** jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten \*  
raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

**Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen** \*  
Kontakt: Irmgard Schreiber-Buhl, ☎ 08861 9789  
wm-sog-gap@gew.bayern

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino  
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

**Würzburg** monatliche Treffen, \*  
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de